## Kriegsrhetorik – jetzt auch von Gauck

Karl-Heinz Brodbeck

Die Europäische Union erhielt 2011 den Friedensnobelpreis. Darin läge eigentlich eine Verpflichtung. Doch europäische Politiker fallen in jüngerer Zeit nicht durch besondere Zurückhaltung auf. Und deutsche Politiker gehen unheilvoll voran, wie jüngst der deutsche Bundespräsident. Am 16.6.2014 sagte er im Deutschlandradio Kultur, auch für Deutschland gelte: Im "Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen." Horst Köhler, Vorgänger in seinem Amt, war nur vier Jahre vor Gaucks Forderung nach Militäreinsätzen in der Begründung sehr viel ehrlicher. Am 22.5.2010 sagte er im Deutschlandradio, "dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege". Man hat ihm das vorgeworfen. Köhler trat zurück. Vier Jahre später ist die Forderung nach Militäreinsätzen mit nebulösen und beschönigenden Begründungen in allen fast allen deutschen Medien angekommen. Im Bundestag verteidigen plötzlich Vertreter von Regierung und Opposition z.B. die Kriegseinsätze der Kiewer Regierung im Osten der Ukraine. Man hat die sogar die Rhetorik eins zu eins übernommen: Es gehe um die Bekämpfung von "Terroristen", die vom russischen Präsidenten Putin aufgestachelt seien. Die aus Russland kommenden Verlautbarungen sind zurückhaltender, nehmen aber auch an Schärfe zu.

Es war stets auch Aufgabe einer wirkliche Kriege vorbereitenden Kriegsrhetorik, Anlässe zu erfinden oder gar zu inszenieren. Wir erinnern uns: Der fortgesetzte, wenn auch bereits für die westlichen Truppen faktisch verlorene Krieg in Afghanistan wurde mit der Begründung einer Demokratisierung, einer Befreiung von Frauen usw. propagandistisch eingeleitet. Auch frühere "Friedensparteien" in deutschen Bundestag stimmten in das hohe Lied der "Menschenrechte" an zur Rechtfertigung an, deutsche Interessen "am Hindukusch zu verteidigen". Geblieben ist von in diesem Krieg nur eine Vielzahl von Toten und Verwundeten, psychisch Traumatisierte und ein failed state. Von einer Sicherung der Demokratie in Afghanistan kann keine Rede sein; die Frauen haben nicht mehr Rechte wie vor dem Kriegsbeginn versprochen, sie sind nur noch ärmer geworden. Ähnliches ließe sich vom Jugoslawienkrieg sagen, der aus roten und grünen Pazifisten Kriegsbefürworter machte. Die damalige Kriegspropaganda ist heute ebenso entlarvt wie vergessen. Die Bilanz im Irak ist noch weit düsterer und weitet sich aktuell zu einem völligen Desaster aus. Der erste Golfkrieg 1991 wurde durch eine inszenierte PR-Aktion begründet, die inzwischen als "Brutkastenlüge" allgemein bekannt ist. Dass der zweite Irakkrieg von 2003 auf einem ganzen Lügengebäude angeblicher Massenvernichtungswaffen beruhte, der UNO eiskalt als "Faktensammlung" präsentiert, wofür sich der Colin Powell später bei der Weltöffentlichkeit entschuldigten musste, ist ebenso inzwischen Allgemeinwissen wie die gescheiterte Militäraktionen in Libyen – zu schweigen von vielen afrikanischen Ländern oder den Kriegen der 1960er und 1970er Jahre. Das ist das *tatsächliche* Ergebnis, wenn man vorgebliche "Menschenrechte" mit Waffen verteidigt.

Waffen besitzen eine technische Perfektion, die viele verblendet, fasziniert und deren Glorifizierung schon lange vor der aktuellen Kriegsrhetorik massenhaft Spielfilme und Computerspiele kennzeichnete und die Tolerierung von Gewalt in die Köpfe junger Menschen eingepflanzt hat. Waffen haben aber nur einen einzigen Zweck: Sie sollen Menschen töten. Punkt. Die Behauptung von Präsident Gauck, man müsse auch in Deutschland wieder "internationale Verantwortung" übernehmen, im Zweifel Kriegseinsätze vorbereiten und zu den Waffen greifen, blendet sowohl das eigentliche Motiv der Kriegsführung aus, wie auch das, was Waffen in Kriegen faktisch anrichten. Der Vergleich von Militäreinsätzen in Krisengebieten mit Polizeiaufgaben, den Gauck als Begründung heranzieht, ist unsinnig und scheinheilig. Die Aufgabe der Polizei ist es nicht, Gegner zu vernichten, ganze Städte und Länder zu ruinieren, sondern gerade durch klugen Mitteleinsatz eine Gewaltanwendung in der Gesellschaft weitgehend zu verhindern.

Man muss bei Gaucks Äußerungen vor allem den Zeitpunkt beachten: Die Krise in der Ukraine sowie die Anerkennung der derzeitigen Regierung unter Leitung von Arsenij Jazenjuk durch deutsche, europäische und amerikanische Politiker liefert einen brandgefährlichen Kontext. Gaucks Äußerungen weisen aktuell vor allem auf eine mögliche, von den USA bereits angekündigte Unterstützung der Kiewer Regierung auch mit Waffen hin. Zwar hat die Ukraine inzwischen einen gewählten Präsidenten; doch das aktuelle Parlament und die derzeitige Regierung nicht demokratisch gewählt und Ergebnis des Maidan-Putsches - wie immer man die Motivation vieler Teilnehmer daran auch bewerten mag. In diesem Kontext wird die Kriegsrhetorik besonders verhängnisvoll. Im Osten dieses Landes gab und gibt es täglich auf allen Seiten – Zentralregierung und Separatisten – viele Tote. Das ist das nicht verwunderliche Ergebnis des kriegerischen Einsatzes von Waffen. Was auffällt ist aber: Jazenjuk kommentierte den jüngst erfolgten Abschuss einer Maschine mit 49 Toten durch die Separatisten in einer Sprache, die kaum in den deutschen, wohl aber in den internationalen Medien blankes Entsetzen ausgelöst hat. Auf der Seite der ukrainischen Botschaft in den USA war aus der Feder des durch die EU anerkannten Regierungschefs aus Kiew zu lesen, dass die Separatisten von Invasoren "gesponserte Untermenschen" (subhumans) seien und man es sich nicht nehmen lasse, sie "auszulöschen". "Ausmerzen alles Bösen", nannte dies Jazenjuk. (Der internationale Protest hat inzwischen zur Entfernung dieser Äußerungen aus dem Internet geführt.) Das ist nicht mehr nur eine Kriegsrhetorik, das ist eine Sprache, an die man sich gerade in Deutschland nur mit Grausen erinnern sollte. Hier zeigt sich ein fataler Irrtum des Gedankens, man könne gleich welche angeblichen oder begründeten Rechtsansprüche zu schweigen von Menschenrechten – durch Waffen und Kriege verteidigen. Waffen sind die Verkörperung der Absicht, zu töten. Und wo immer sich bewaffnete Konflikte auftun, kommen längst überwunden geglaubte, auch rassistische Ideologien wieder an die Oberfläche. Daran lässt sich nichts beschönigen. Eine Eskalation der Sprache geht der kriegerischen Eskalation in der Rhetorik voraus.

Also: Künftige Kriege durch Waffeneinsatz verhindern zu wollen, ist einfach nur absurd. Waffen herzustellen und zu exportieren, heißt Kriege mit vorzubereiten. Deutschland hat schon lange vor Gaucks Äußerung hier die Tat den Worten vorausgehen lassen als drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Nimmt man die fünf größten westlichen Lieferanten von Kriegsmaterial zusammen, so umfasst deren Geschäft mit dem Tod über 50% der weltweiten Waffenexporte. Es handelt sich bei diesen fünf Ländern (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande) aber gerade um Länder, die in ihrer Kriegsrhetorik vor jedem Waffengang die "Menschenrechte" betont haben – in Afghanistan, Irak, Libyen und afrikanischen Ländern.

Wenn nun wieder verstärkt und mit wachsender Lautstärke auch in Deutschland dafür geworben wird, die Welt nicht nur zu "bemeinen" (so Frank-Walter Steinmeier am 30.1.2014), sondern "Verantwortung" (= militärische) zu übernehmen, wenn Bundespräsident Gauck in kurzen Abständen schon zum zweiten Mal zum Gebrauch der Waffen für dubios formulierte Ziele auffordert — dann sollte eigentlich die deutsche Öffentlichkeit beschämt und mehr als nur alarmiert sein. Was die gegenwärtige Kriegsrhetorik von jener Horst Köhlers von vor vier Jahren unterscheidet, ist die geschickte Verkleidung der Zielsetzung. Sprach Köhler davon, "dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege", so sprechen Steinmeier und Gauck nebulös. Von PR-Beratern gut instruiert sprechen sie von "Engagement", "Investition in Sicherheit" oder die "Verteidigung von Menschenrechen".

Der wahrhaft würdige Träger des Friedensnobelpreises – S.H. Dalai Lama – hat stets und mit Nachdruck betont, dass nur durch *Gewaltverzicht und Mitgefühl* eine menschliche Gesellschaft aufgebaut und bewahrt werden kann, dass nur durch gemeinsame Bemühungen um Frieden und Gespräche auch Frieden bewahrt wird. Darin waren in der Friedensbewegung in Deutschland stets Christen und Vertreter anderer Religionen einer Meinung. Es ist deshalb sehr befremdlich, wenn nun ausgerechnet ein *Theologe* als Bundespräsident Gauck sich nun zu bellezistischer Propaganda hinreißen lässt.

Umso wichtiger und tröstlicher ist es, dass durch Papst Franziskus im "christlichen Abendland" eine ganz andere, sehr klare und kluge Stimme laut geworden ist, die die schlichte Wahrheit über Kriege und Waffen ausspricht. Er benennt die wahren Gründe der allgegenwärtigen Waffeneuphorie. In einem Interview der spanischen Zeitung "La Vanguardia" (Freitag) am 16. Juni 2014 sagte der Papst: Das weltweite Wirtschaftssystem ist "unerträglich" geworden. Vor allem die junge Generation leidet darunter durch hohe Jugendarbeitslosigkeit. Und er entlarvt die nebulösen Worte zur Begründung eines Waffeneinsatzes, wie sie sich in Verlautbarungen westlicher Politiker in jüngerer Zeit gehäuft finden: "Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben". Kriege "brechen" nicht aus, sie werden gezielt

vorbereitet durch exzessive Waffenproduktion, Waffenexporte, das Schmieden von Allianzen und nicht zuletzt durch massive Kriegsrhetorik. In Wahrheit – Köhlers Äußerungen waren hier wenigstens ehrlich – dienen die Kriege wirtschaftlichen und imperialen Interessen.

Der Papst sagte im zitierten Interview weiter: "Einen Dritten Weltkrieg kann man jedoch nicht führen, und so greift man eben zu regionalen Kriegen." So sehr ich dem Papst insgesamt zustimme, an dieser Aussage sind Zweifel angebracht. Kriege werden strategisch geplant durch Waffen, Geheimdienstoperationen und Kriegspropaganda. Doch der *Verlauf eines Krieges* lässt sich nicht planen; das war die zentrale Einsicht des wichtigsten europäischen Kriegstheoretikers Carl von Clausewitz. Ein von wem auch immer geplanter *regionaler* Krieg – wie er sich als Gefahr entlang der russischen Westgrenze abzeichnet –, an dem Atommächte beteiligt sind, kann außer Kontrolle geraten. Es ist also durchaus ernst zu nehmen, wenn aus den USA und aus Russland – hierin seltsam einstimmig – die je andere Seite vor einem Dritten Weltkrieg gewarnt wird.

Nur eine Rückkehr zu Gesprächen, die Formulierung friedlicher Ziele durch maßgebende Politiker und eine notwendige Kritik an verantwortungsloser Kriegsrhetorik kann Kriege auf Dauer verhindern. Der Papst verbindet seine ethischen Forderungen mit einer brillanten Analyse der wahren Kriegsgründe. Das zeigt auch, dass sich die Ethik nicht hinter bloß schönen Worten verstecken darf. Die PR-Maske der Kriegsrhetorik durch kritische Analyse zu entfernen, das ist in einem Vorkriegszustand ist die einzig mögliche ethische Antwort auf die Krise.